

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Muchitsch  
Genossinnen und Genossen

betreffend **keine zusätzliche Belastung der Menschen durch eine Pflegeversicherung**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Antrag 1467A(E)/30 dB

Plant die Schwarz-Grüne Regierung die Einführung einer Pflegeversicherung? Anzeichen dafür gibt es genug. Zum einen das Regierungsabkommen, in dem sich auf Seite 245 die Pflegeversicherung findet. Zum anderen, die Aussagen von Regierungsmitgliedern, allen voran Bundeskanzler Kurz: Neues Volksblatt vom 14.1.2020: Die geplante Versicherung soll zunächst keine zusätzlichen Sozialabgaben verursachen, sondern über bestehende Mittel durch Verschiebungen und Hebung von Potenzialen finanziert werden. Der ÖVP schwebt u. a. eine Finanzierung über Mittel der Unfallversicherung AUVA vor. Im ersten Schritt sollen die Sozialabgaben jedenfalls nicht steigen, er könne aber nicht sagen, was in 30 Jahren sein werde, so Kurz. Pflegebedürftigkeit sei ein „Lebensrisiko“, zu dem man sich bekennen müsse.

Oder Bundesminister Anschober:

TT vom 14.1.2020: Die Finanzierung der Pflegeversicherung „wird hauptsächlich aus öffentlichen Geldern erfolgen. Die Details soll eine Task Force klären, wo wir Bund, Länder und Gemeinden an einen Tisch bringen.“ Ein System wie in Deutschland sei nicht das Ziel, meint Anschober.

Noch deutlicher wird der Klubobmann der ÖVP Wöginger:

ORF-Hohes Haus vom 12.1.2020: „Wir möchten eine eigene Säule in der Sozialversicherung ansiedeln, genannt Pflegeversicherung.....“

Die Gesamtkosten der Pflege betragen 2018 rund 6,8 Mrd. Euro und sind damit innerhalb von 2 Jahren, also von 2016 auf 2018 um rund 1,8 Mrd gestiegen. Sollten also Schwarz-Grün darüber nachdenken z B den Anstieg der Pflegekosten durch eine Pflegeversicherung abdecken zu wollen, bedeutet alleine das für die Versicherten schon eine Mehrbelastung von rund einer Milliarde jährlich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz wird aufgefordert, keinesfalls eine Pflegefinanzierung durch eine weitere Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umzusetzen und daher keine Pflegeversicherung einzuführen.“



